

DR. SCHULZ-HENNIG, VOGL & PARTNER GbR
RECHTSANWÄLTE UND STEUERBERATER

Dr. Schulz-Hennig, Vogl & Partner GbR, Postfach 15 23 24, D-80052 München

Deutscher Bundestag
- Finanzausschuss -
z.H. des Vorsitzenden Oswald
Platz der Republik 1

11011 Berlin
Telefax 030 - 227 368 44

RECHTSANWÄLTE
DR. INGO SCHULZ-HENNIG
HANS-PETER VOGL
HARALD H. ZIER*
ISABELLE RAPP*
AXEL EHRHARDT**
*Fachanwalt für Arbeitsrecht
**Fachanwalt für Insolvenzrecht

Kooperationspartner:
Steuerberater/Wirtschaftsprüfer, Dipl.-BW.
MATTHIAS LANDMESSER

RÜCKERTSTRASSE 1
D - 80336 MÜNCHEN
Tel. 089 / 544 226 - 0
Fax 089 / 544 226 - 20

email: office@svz-law.de
Homepage: www.svz-law.de

Az. SH/06/00/8
Datum. 22.01.2008

Öffentliche Anhörung zum Gesetzesentwurf Risikobegrenzungsgesetz

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Oswald,

zu der morgigen Erörterung des Themas „Verbesserte Transparenz bei Verkäufen von Kreditforderungen“ war es mir auf Grund eines 5-wöchigen Auslandsaufenthaltes leider nicht möglich, eine eigene Stellungnahme zu den Regelungsvorschlägen zu formulieren. Insoweit darf ich aber auf die in Abstimmung mit uns formulierte Stellungnahme des Bundesverbandes der Verbraucher verweisen. Hierzu gestatte ich mir nur noch folgende kurze Anmerkungen:

1. Soweit die Verbraucherzentrale keine Kenntnis von „dramatischen Fällen“ hat, so ist die Ursache darin zu sehen, dass sich die Betroffenen offensichtlich unmittelbar um anwaltliche Hilfe bemühen. Von unserer Kanzlei werden Fälle betreut, bei denen die Existenzvernichtung der Betroffenen droht oder bereits eingetreten ist. In einem weiteren Fall läuft eine grundsollide finanzierte private Immobiliengruppe Gefahr, in die Insolvenz zu geraten. Hier droht der Verlust von ca. 350 Arbeitsplätzen. Einziger Grund ist hier die Tatsache, dass der Unternehmensgruppe statt der zwei bisherigen Hypothekenbanken-Partnern nunmehr ausländische Inkassogesellschaften gegenüberstehen, die mangels Banklizenz die laufenden Darlehensverträge sowie neue Kreditvereinbarungen nicht betreuen können.

TÄTIGKEITSSCHWERPUNKTE

Arbeits-, Dienstvertragsrecht,
Bank-, Kredit- und Kapitalmarktrecht,
Gesellschafts- und Handelsrecht,
Bau-, Bauträger- und Architektenrecht
Miet- und Maklerrecht
Familien- und Erbrecht,
Insolvenzrecht, Zwangsverwaltungs- und Zwangsvollstreckungsrecht

BANKVERBINDUNG

Hypo Vereinsbank München
BLZ 700 201 70

Kto: 32 030 840
Kto: 32 031 013 - Treuhand

Postbank München
BLZ 700 100 90

Kto: 2400 36 306

FA München V - StNr. 643 / 23452

In unserer Kanzlei wurden Mandate im Zusammenhang mit u.a. folgenden Kreditpaketverkäufen betreut:

- a) Darlehenspaketverkauf Hypo Real Estate Bank AG an die Lone Star-Gruppe i.H.v. € 3,6 Mrd vom 30.11.2004;
- b) Verkauf eines Immobiliendarlehenspakets i.H.v. € 380 Mio durch die Hypo Real Estate Bank AG an die Hector-Gruppe;
- c) Verkauf eines € 3 Mrd Immobiliendarlehenspakets durch die HypoVereinsbank an die Delmora-Gruppe / Archon-Gruppe vom 30.03.2007;
- d) Verkauf des Darlehenspakets durch die Aareal Bank an die Lone Star-Gruppe/Vierte Westend GmbH.

Mandate aus dem Bereich der Kreditpaketverkäufe durch die Norddeutschen Sparkassen konnten wir auf Grund Arbeitsüberlastung nicht annehmen und haben diese an Kollegen verwiesen.

2. Verkauf bestehender grundschuldbesicherter Immobiliendarlehen:

Die Fallgruppe des Verkaufs und Übertragung von notleidenden Krediten etwa zum Zwecke der Verwertung der Forderung, Liquiditätsbeschaffung etc. sind aus unserer Sicht im Wesentlichen unproblematisch. Der rechtliche Rahmen ist hier durch das BAKred-Rundschreiben 04/95 vorgegeben, dass eine sachgerechte Regelung zur Wahrung der Interessen des Bank sowie der Kreditnehmer enthält. Über eine solche Fallkonstellation hatte im Übrigen der XI. Senat des BGH im Urteil vom 27.02.2007 zu entscheiden. Bei diesem Fall lag seit langem gekündigter Kredit, der durch eine akzessorische Sicherheit (Bürgschaft) besichert war, zugrunde, wobei eine Abtretung von Bank zu Bank innerhalb des Genossenschaftsbereichs erfolgte.

Probleme bereiten die Übertragung von bestehenden Darlehensverträgen. Verträge können nicht „abgetreten“ werden, sondern stellen einen Übertragungsakt dar, der neben der Abtretung von Forderung auch Schuldübernahmen sowohl der Bank als auch des Kreditnehmers gem. § 415 BGB zum Gegenstand haben. Bereits aus der letztgenannten Bestimmung ergibt sich das Zustimmungserfordernis des Bankkunden.

Die oben genannten Darlehenspaketsverkäufe waren dadurch gekennzeichnet, dass

- als Erwerber des Darlehenspakets Zweckgesellschaften bzw. „purpose vehicles“ fungieren, die Bestandteil des im angelsächsischen Raum üblichen Refinanzierungskonzepts sind. So ist im Falle

Lone Star-Kläufe Erwerberin des gesamten Darlehenspakets eine LSF 5 Olympic LLC mit einer Kapitalausstattung von \$ 1000 mit Sitz in Hamilton auf den Bermudas.

Das angelsächsische System der Refinanzierung des Kaufpreises für den Erwerb von Darlehenspaketen über die Ausgabe von Schuldverschreibungen (secured floating rate notes) führt auf Grund der Zwischenschaltung von Treuhandgesellschaften, Emissions- und Servicegesellschaften zu einem nahezu unüberschaubaren Dickicht an Folge-Vertragsbeziehungen und Übertragungen. Hierzu fügen wir Ihnen einen Auszug aus dem 197-seitigen Emissionsprospekt der Bluebonnet Finance plc bei, der auf S. 9 eine „vereinfachte“ Übersicht über die Vertragsbeziehungen enthält.

Der betroffene Kunde ist dann vor Ort lediglich mit Servicern konfrontiert, die „im Auftrag“ und „in Vollmacht“ für die vorgenannten Zweckgesellschaften tätig sind. Ein Kontakt mit kompetenten Entscheidungsträgern –meist im Ausland (Dublin, London, New York) ansässigen Gremien der Investoren – ist für den Kunden unmöglich.

3. Da die Servicer und auch die Erwerbergesellschaften keine Banken sind, sind sie von vorneherein rechtlich gehindert, die vertraglichen Pflichten aus bestehenden Darlehensverträgen gegenüber den Kunden zu erfüllen. Sämtliche vorgenannten 4 Transaktionen betrafen grundschuldbesicherte Immobiliendarlehen von Hypothekenbanken. In den Darlehenvertragsbestimmungen der Hypothekenbanken ist grundsätzlich eine **Rechtspflicht zur Prolongation** zu marktgerechten Bedingungen verankert. Diese Vertragsverpflichtung kann von den Inkassogesellschaften bereits aus Rechtsgründen nicht erfüllt werden.

Im Übrigen ist der Geschäftszweck des Servicing zum einen auf die schnellst- und bestmögliche Verwertung der Forderung und im Wesentlichen auch die Verwertung die mit den Grundschulden faktisch übernommenen Grundstücke gerichtet. Entsprechend ist die Geschäftsstrategie darauf ausgerichtet, auch bei längerfristigen Darlehen einen Kündigungsgrund herbeizuführen, was sogar ausdrücklich in dem vorerwähnten Emissionsprospekt erwähnt ist („stringente Verwaltung der bestehenden Darlehen“).

4. Grundschild

Das **entscheidende Problem** stellt nicht die Abtretung der Kreditforderungen und Übertragung möglicher akzessorischer Sicherheiten, sondern die Übertragung von fiduziarischen Sicherheiten wie Grundschulden, Sicherungseigentum, Globalzessionen etc. dar. Insoweit dürfen wir auf die Ausführungen des Kollegen Clemente am Schluss der Stellungnahme der Verbraucherzentrale verweisen.

Die Sicherungsabrede zwischen Darlehensnehmer und Sicherungsgeber sowie der Bank haben Treuhandcharakter. Im Rahmen dieses Treuhandverhältnisses ist die Bank verpflichtet, das Vermögensgut „Grundschild“, das einen Zugriff auf den in der Regel vollen Grundstückswert ermöglicht, treuhänderisch zu verwahren und insbesondere den Anspruch des Sicherungsgebers auf Rückgewähr der Grundschild – Zug um Zug gegen Zahlung der schuldrechtlichen Forderung – zu gewährleisten.

Die Pflichten aus Treuhandverhältnissen sind nicht übertragbar (§ 764 BGB). Dies bedeutet, dass die Bank vor Eintritt der sog. „Verwertungsreife“ nicht befugt ist, die Grundschild aus der Hand zu geben.

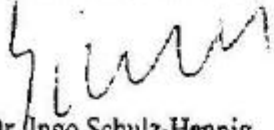
Der Verkauf eines Immobiliendarlehenspakets mit Grundschildbesicherung stellt einen „Verwertungsakt“ vor der Verwertungsreife dar, der nach Ziff. 17.1 der AGB Banken eine schwerwiegende Vertragsverletzung des zugrunde liegenden Treuhandvertrages darstellt.

Mit Übertragung der Grundschild wird diese treuhänderische Bindung aufgelöst. Die Grundschilden mussten aus Rechtsgründen auf eine deutsche GmbH übertragen werden, da die Offshore-Gesellschaften nicht grundbuchfähig sind.

Auf Grund der Loslösung von der treuhänderischen Bindung wird der Erwerber der Grundschilden in die Lage versetzt, ohne Nachweis einer schuldrechtlichen Forderung nach Grund und Höhe aus den Grundschildbestellungsurkunden die Zwangsvollstreckung einzuleiten. In der Praxis wird diese Möglichkeit extensiv genutzt, um mit Hilfe der Vollstreckungsmaßnahmen überhaupt erst die Voraussetzungen für die Kündigung der Kredite – Pfändung der Konten zur Herbeiführung eines entsprechenden Zins- und Tilgungsrückstandes – zu schaffen.

Aus unserer Sicht muss diese Problematik – unabhängig von den spezifischen Problemen mit den Darlehenspaketverkäufen – gelöst werden. Das deutsche Grundschildbesicherungsrecht ist einzigartig in der Welt und im Zusammenhang mit den Vollstreckungsmöglichkeiten aus der aus dem Jahre 1877 stammenden ZPO unter heutigen Verbraucherschutzgedanken ein Anachronismus. Hierauf hatte ich bereits in einem Aufruf – gerichtet an nicht juristisch vorgebildete Leser – im Jahre 2002 aufmerksam gemacht, bevor die aktuelle Problematik mit den z.T. willkürlich und existenzvernichtenden Vollstreckungsmethoden einiger Inkassogesellschaften aktuell wurde. Ich füge diesen Aufruf zur Information bei.

Mit freundlichen Grüßen

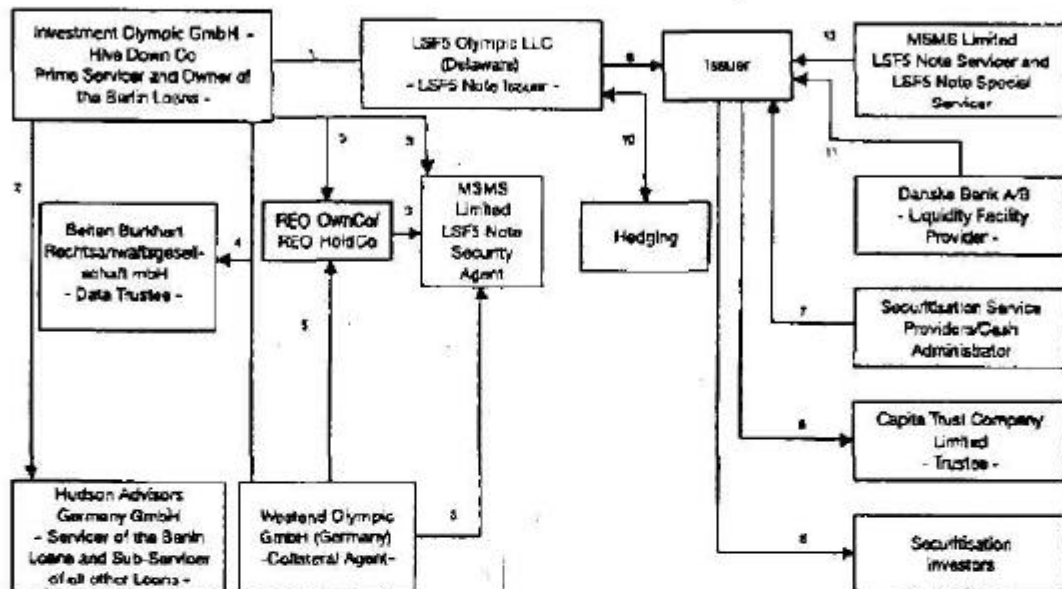


Dr. Ingo Schulz-Hennig
Rechtsanwalt

TRANSACTION DIAGRAM

The following diagram sets out the transaction structure relating to the issue of the Issuer Notes by the Issuer. The diagram is qualified in its entirety by reference to the more detailed information appearing elsewhere in this Prospectus.

Simplified Structure Chart



1. Prime Servicing Agreement (for all Loans held by the LSF5 Note Issuer (economically) and the Collateral Agent (legally))
2. Sub-Servicing Agreement (for all Loans other than the Berlin Loans) and Berlin Loans Servicing Agreement
3. Direct and Indirect Security Arrangements
4. Data Trustee Agreement
5. REO OwnCo Arrangements (see "Servicing of the Portfolio — REO Transactions")
6. LSF5 Senior Notes issued on the Closing Date to the Seller and on-sold to Issuer
7. Issuer Cash Administration Agreement and Corporate Services Agreement
8. Issue of Issuer Notes
9. Creation of security over all assets of the Issuer for the benefit of the Noteholders and other Issuer Secured Creditors
10. Hedging
11. Liquidity Facility Agreement
12. LSF5 Notes Servicing

Registration of a prospectus approved by IFSRA for issue by an Irish registered company Investment Funds, Companies and Miscellaneous Provisions Act 2005 Section 38(1)(b) of S.I. No. 324 of 2005 Prospectus (Directive 2003/71/EC) Regulations 2005

FEE IN	PAID FULL	RECEIPT No.
		08 JAN. 2007 498
		287
COMPANIES REGISTRATION OFFICE		

CRO receipt date stamp
Companies Act 1963 to 2003

B18

Please complete using black typescript or BOLD CAPITALS, referring to explanatory notes

Company Details

Company Number **430880**

Company Name **Bluebarnet France - Project Olympic**

Date Approved by IFSRA
Day **17** Month **12** Year **2006**

I certify on behalf of the issuer that the attached prospectus has been approved by IFSRA.

Signature  Date **22/12/06**

Surname **FARRELL** Forename(s) **JANE**

Position held **LISTING EXECUTIVE**

Presenter details

Name	JANE FARRELL		
Address	ARTHUR COX LISTING SERVICES LIMITED EARLSFORT CENTRE, EARLSFORT TCE, DUBLIN 2		
DX number		DX exchange	
Telephone number	6160612	Fax number	
E-mail	Jane.Farrell@arthurcox.com	Reference number	



FINANCIAL REGULATOR
Rialtóir Airgeadais

PO BOX NO 9138 T +353 1 410 4000
COLLEGE GREEN, F +353 1 410 4900
DUBLIN 2, IRELAND www.financialregulator.ie

Ms Jane Farrelly
Arthur Cox Listing Services Limited
Earlsfort Centre
Earlsfort Terrace
Dublin 2

19 December 2006

Bluebonnet Finance p.l.c.

- €1,020,000,000 Class A Secured Floating Rate Notes Due 2016
- €125,000,000 Class B Secured Floating Rate Notes Due 2016
- €85,000,000 Class C Secured Floating Rate Notes Due 2016
- €70,000,000 Class D Secured Floating Rate Notes Due 2016
- €40,000,000 Class E Secured Floating Rate Notes Due 2016

Dear Ms Farrelly

The Irish Financial Services Regulatory Authority (Financial Regulator) hereby approves the above Prospectus under Part 7 of the Prospectus (Directive 2003/71/EC) Regulations, 2005 (the Regulation) as having been drawn up in accordance with the Regulation and Commission Regulation No. 809/2004/EC.

The above Prospectus will be published in accordance with Part 8 of the Regulation on the website of the Financial Regulator. In accordance with Regulation 48 of the Regulation, where the above Prospectus is otherwise published, the text and format must at all times be identical to the original version approved by the Financial Regulator and published on its website.

Yours sincerely


Sandra Shanley

Deputy Head of Markets Supervision Department

Bluebonnet Finance p.l.c.

(a public limited company incorporated in Ireland with company registration number 430880)

€1,020,000,000 Class A Secured Floating Rate Notes due 2016

€125,000,000 Class B Secured Floating Rate Notes due 2016

€85,000,000 Class C Secured Floating Rate Notes due 2016

€70,000,000 Class D Secured Floating Rate Notes due 2016

€40,000,000 Class E Secured Floating Rate Notes due 2016

Issue Price: 100 per cent.

Application has been made to the Irish Financial Services Regulatory Authority (the "Financial Regulator") in its capacity as competent authority under Directive 2003/71/EC (the "Prospectus Directive") for this Prospectus to be approved. This Prospectus constitutes a "prospectus" for the purposes of the Prospectus (Directive 2003/71/EC) Regulations 2005 (the "Prospectus Regulations") (which implement the Prospectus Directive in Ireland). Application has been made to the Irish Stock Exchange Limited (the "Irish Stock Exchange") for the €1,020,000,000 Class A Secured Floating Rate Notes due 2016 (the "Class A Notes"), the €125,000,000 Class B Secured Floating Rate Notes due 2016 (the "Class B Notes"), the €85,000,000 Class C Secured Floating Rate Notes due 2016 (the "Class C Notes"), the €70,000,000 Class D Secured Floating Rate Notes due 2016 (the "Class D Notes") and the €40,000,000 Class E Secured Floating Rate Notes due 2016 (the "Class E Notes"), and together with the Class A Notes, the Class B Notes, the Class C Notes and the Class D Notes, the "Issuer Notes" of Bluebonnet Finance p.l.c. (the "Issuer"), which are expected to be issued on or about 20 December 2006 (the "Closing Date"), to be admitted to the official list of the Irish Stock Exchange (the "Official List") and trading on its regulated market.

References in this Prospectus to Issuer Notes being "listed" (and all related references) shall mean that such Issuer Notes have been admitted to the Official List. The Irish Stock Exchange is a regulated market for the purposes of Directive 93/22/EEC (the "Investment Services Directive").

Interest on the Issuer Notes is payable by reference to successive interest periods (each, a "Note Interest Period") in accordance with the terms and conditions of the Issuer Notes (the "Conditions") set out in "Terms and Conditions of the Issuer Notes" below. Interest on the Issuer Notes will accrue on a daily basis (actual/360) and will be payable quarterly in arrears in euro on 6 January, 6 April, 6 July and 6 October (subject to adjustment as specified herein for non-Business Days) (each a "Note Interest Payment Date") in each year commencing on the Note Interest Payment Date falling in January 2007. The first Note Interest Period in respect of the Issuer Notes will commence on (and include) the Closing Date and end on (but exclude) 8 January 2007. The rate of interest applicable to each class of Issuer Notes for each Note Interest Period will be the rate offered in the euro-zone interbank market ("EURIBOR") for three month euro deposits (or, in the case of the first Note Interest Period for the Issuer Notes, the linear interpolation of EURIBOR for two week and one month euro deposits) or, in the case of the final Note Interest Period for the Issuer Notes, the linear interpolation of EURIBOR for two months and three month euro deposits plus, in relation to the Class A Notes, a margin of 0.33 per cent. per annum, in relation to the Class B Notes, a margin of 0.58 per cent. per annum, in relation to the Class C Notes, a margin of 0.87 per cent. per annum, in relation to the Class D Notes, a margin of 1.50 per cent. per annum and, in relation to the Class E Notes, a margin of 1.75 per cent. per annum.

The Class A Notes, the Class B Notes, the Class C Notes, the Class D Notes and the Class E Notes will mature on 20 December 2016 subject to optional redemption before such dates in certain circumstances (as set out in Condition 7 (Redemption and Cancellation)).

The Issuer Notes will be direct, secured and limited recourse obligations of the Issuer only and will not be guaranteed by, or be the responsibility of, any other person. It should be noted, in particular, that the Issuer Notes will not be obligations of, and will not be guaranteed by, the Arranger, the Managers, the Trustee, the Liquidity Facility Provider, the Issuer Account Bank, the Paying Agents, the LSF5 Note Servicer, the LSF5 Note Special Servicer, the Listing Agent, the Issuer Cash Administrator, the Corporate Services Provider, the Collateral Agent, the LSF5 Note Agent, the Account Bank, the LSF5 Note Custodian, the LSF5 Note Security Agent, the LSF5 Note Issuer, Hive Down Co, the Servicers (each as defined below) or any of their respective affiliates or the shareholders of the Issuer or any other third person or entity.

It is a condition of issuance that the Class A Notes will, when issued, be assigned an "AAA" rating by Fitch Ratings Ltd. ("Fitch"), an "AAA" rating by Standard & Poor's Rating Services, a division of the McGraw Hill Companies Inc. ("S&P") and an "Aaa" rating by Moody's Investors Service Ltd. ("Moody's") and, together with Fitch and S&P, the "Rating Agencies"), the Class B Notes will, when issued, be assigned an "AA" rating by Fitch, an "AA" rating by S&P and an "Aa3" rating by Moody's, the Class C Notes will, when issued, be assigned an "A" rating by Fitch, an "A" rating by S&P and an "A3" rating by Moody's, the Class D Notes will, when issued, be assigned a "BBB" rating by Fitch, a "BBB" rating by S&P and a "Baa3" rating by Moody's and the Class E Notes will, when issued, be assigned a "BBB" rating by Fitch and a "BBB" rating by S&P. A security rating is not a recommendation to buy, sell or hold securities and may be subject to revision, suspension or withdrawal at any time by the assigning rating organisation. Each security rating should be evaluated independently of any other rating.

For a discussion of certain risks and other factors that should be considered in connection with an investment in the Issuer Notes, see the section entitled "Risk Factors". Capitalized terms used but not defined elsewhere in this Prospectus are defined in the section entitled "Glossary of Defined Terms". An index of defined terms appears at the end of this Prospectus.

Sole Arranger



Joint Lead Managers for the Class A Notes

Citigroup

Credit Suisse

Sole Lead Manager for the Class B Notes, the Class C Notes, the Class D Notes and the Class E Notes

Citigroup

The date of this Prospectus is 19 December 2006

TABLE OF CONTENTS

Transaction Overview	6
Transaction Diagram	9
Key Characteristics Of The Issuer Notes	10
Transaction Summary	11
Risk Factors	21
Issuer	43
LSF5 Note Issuer	45
Description Of The Portfolio	46
Servicing Of The Portfolio	56
Cashflow Analysis	66
Description Of The LSF5 Senior Notes, The Common Terms Agreement And Intercreditor Arrangements	74
Description Of The Transaction Security	87
Enforcement Procedures	90
Description Of The Hedging Agreements	93
Description Of The Issuer Transaction Documents	95
Use Of Proceeds	104
Estimated Weighted Average Life Of The Notes And Assumptions	105
Summary Of Provisions Relating To The Issuer Notes While In Global Form	106
Terms And Conditions Of The Issuer Notes	107
Taxation In Ireland	142
Subscription And Sale	144
General Information	150
Glossary Of Defined Terms	152
Appendix A — LSF5 Note Issuer's Financial Statements to 31 December 2005 And Auditor's Report	173
Index Of Defined Terms	185

TRANSACTION OVERVIEW

This section contains a brief description of the transaction. The summary information contained therein does not purport to be complete and should be read in conjunction with, and is qualified in its entirety by references to, the more detailed information presented elsewhere in this Prospectus.

The Issuer Notes

The Issuer has been incorporated as a special purpose company for the purpose of raising funds through the issuance of the Issuer Notes.

The Issuer will issue the Issuer Notes on the Closing Date. The gross issue proceeds of the Issuer Notes will be applied by the Issuer to purchase the LSF5 Senior Notes issued by the LSF5 Note Issuer. The sale and purchase of the LSF5 Senior Notes will be made pursuant to the LSF5 Senior Notes Onsale Agreement.

The principal source of funds available to the Issuer for the payment of interest and principal on the Issuer Notes will be amounts received from LSF5 Olympic, LLC (the "LSF5 Note Issuer") in respect of interest and principal payments under the LSF5 Senior Notes. The LSF5 Note Issuer will apply net receipts from a portfolio of non-performing, sub-performing and performing loans and related collateral as well as from the LSF5 Note Issuer's Loan to meet its payment obligations under the LSF5 Senior Notes. The LSF5 Note Issuer acquired from Hive Down Co the economic interest in the Portfolio (other than the Berlin Loans and their Related Collateral). To the extent described in more detail in the section entitled "Description of the Portfolio", the legal title of the bulk of the Portfolio was transferred by Hive Down Co to the Collateral Agent which holds this part of the Portfolio for the economic benefit of the LSF5 Note Issuer. The Originator Receivables are held by the Originator, a German bank, for the economic benefit of the LSF5 Note Issuer. The Berlin Loans are owned by Hive Down Co.

The LSF5 Senior Notes

The LSF5 Senior Notes bear interest at a floating rate. The proceeds of the LSF5 Senior Notes will be applied directly or indirectly in (i) refinancing existing loans of the LSF5 Note Issuer that were originally used by the LSF5 Note Issuer to finance the purchase of the Portfolio and (ii) meeting certain costs relating to such refinancing (see section entitled "Description of the Portfolio" for a description of the Portfolio).

The LSF5 Note Issuer

Introduction

The LSF5 Note Issuer was formed as a limited liability company in the State of Delaware under the name of LSF5 Olympic, LLC, by the filing on October 20, 2004, of a Certificate of Formation under the Delaware Limited Liability Company Act. Its organisation number issued by the Delaware secretary of state is 3870010.

The entire equity capital of the LSF5 Note Issuer is USD1,000. Its sole ultimate member is Deutsche International Finance (Ireland) Limited as trustee of The LSI Charitable Trust (holding 1 per cent. of the shares directly and 99 per cent. of the shares indirectly).

The LSF5 Note Issuer is managed by a board of managers elected by its members. The LSF5 Note Issuer has no employees.

Business

The sole purposes of the LSF5 Note Issuer are, *inter alia*, (i) to acquire, own, manage, collect, liquidate, finance and dispose of the Portfolio (other than the Berlin Loans and Related Collateral), (ii) to make the LSF5 Note Issuer's Loan, (iii) to enter into the LSF5 Senior Notes Purchase Agreement, the LSF5 Senior Notes Onsale Agreement, the Common Terms Agreement and the other Transaction Documents, and (iv) to issue the LSF5 Senior Notes, the Junior Notes and other permitted indebtedness that is subordinated to the LSF5 Senior Notes. Net receipts from the Portfolio will be the LSF5 Note Issuer's only source of repayment for the LSF5 Senior Notes.

It is intended that the Portfolio will be resolved by (i) payments under the Loans, (ii) agreeing to early repayments or refinancing of the Loans with the Debtors, (iii) agreeing to pay-off schedules with Debtors, (iv) global restructuring of the debt with one or more Debtors or creditors and (v) in the case of Loan Receivables that are in default or terminated, and to the extent permitted by the Loans or by law, (a) effecting foreclosure of collateral as well as other enforcement measures against the assets of the Debtors or to be applied against any amount due under the Loans and (b) repossession of the underlying collateral and subsequent sale or direct sale of the collateral.

The Portfolio

As of 31 August 2006 (the "Cut-Off Date"), the Portfolio comprised 3,864 Loan Receivables and connected rights representing approximately €2,771.9 million in debt obligations owed by a total of 1,347 Debtors. All of the Recoveries in respect of the Loan Receivables are ultimately transferred into the Master Account (see "Servicing of the Portfolio — Cash Flow — Recoveries to Master Account").

Since the initial acquisition of the Portfolio, a portion of the initial Portfolio has already been resolved and the Portfolio as of the Cut-Off Date comprises all Engagements which have not been fully resolved.

The LSF5 Note Issuer has no proprietary interest in the Loan Receivables related to the Berlin Loans. However, the LSF5 Note Issuer does have a claim for repayment of the LSF5 Note Issuer's Loan (a loan owed by Hive Down Co to the LSF5 Note Issuer), the sole revenues of Hive Down Co being any Recoveries under the Berlin Loans (see the section entitled "Description of the Portfolio").

Substantially all of the Loan Receivables are secured by mortgages. Each Loan Receivable represents one or more advances to a particular Debtor under one or more Loans. The Loans can be classified into three categories: (a) loans that are not repaid at maturity or terminated ("Non-Performing Loans" or "NPLs"); (b) loans that are performing and have less than two overdue and outstanding payments of principal and interest ("Performing Loans" or "PLs"); and (c) loans that are sub-performing and cannot be classified under (a) or (b) ("Sub-Performing Loans" or "SPLs").

The legal title to the Loan Receivables (other than the Berlin Loans) is held in trust for the benefit of the LSF5 Note Issuer, as to 97.2 per cent. of the Portfolio by the Collateral Agent and as to 0.6 per cent. by the Originator. The Berlin Loans which are owned by Hive Down Co represent 2.1 per cent. of the Portfolio. In terms of Legal Claim, 94.6 per cent. of the Loan Receivables are held by the Collateral Agent, 3.0 per cent are held by the Originator and 2.4 per cent. are owned by Hive Down Co.

Table: Breakdown of Loan Receivables

	# Loan Receivables	Loan Receivables (%)	Legal Claim (€ million)	Legal Claim (%)
with Collateral Agent	3,757	97.2%	2,622.1	94.6%
with the Originator	25	0.6%	82.3	3.0%
with Hive Down Co	82	2.1%	67.6	2.4%
	<u>3,864</u>	<u>100.0%</u>	<u>2,771.9</u>	<u>100.0%</u>

Hedging

The LSF5 Note Issuer will on the Closing Date be a party to interest rate hedging agreements with the Original LSF5 Hedge Counterparty in order to hedge its exposure to the risk resulting from the LSF5 Note Issuer being required to pay a floating rate of interest under the LSF5 Senior Notes. The LSF5 Note Issuer will enter into an interest rate swap with an agreed profile (the "Interest Rate Swap") with the Original LSF5 Hedge Counterparty under which it will pay a fixed rate of interest to the Original LSF5 Hedge Counterparty and will receive a floating rate of interest. It will also purchase an interest rate cap with an agreed profile (the "Interest Rate Cap") from the Original LSF5 Hedge Counterparty under which it will receive payments from the Original LSF5 Hedge Counterparty, depending on the relevant floating rate of interest, on the LSF5 Interest Payment Dates.

Source of Funds for Payments on the Issuer Notes

The payment of interest and repayment of principal by the LSF5 Note Issuer under the LSF5 Senior Notes will be the primary source of funds for the Issuer to make payments of interest and repayments of principal under the Issuer Notes. In the event that the Issuer has insufficient funds to make payments of interest on the Issuer Notes on any Note Interest Payment Date, it may, in certain circumstances, draw on the Liquidity Facility.

Security for the obligations of the LSF5 Note Issuer

The obligations of the LSF5 Note Issuer under the LSF5 Senior Notes and the Hedging Agreements have been secured under a security package granted pursuant to the Transaction Security Documents to the LSF5 Note Security Agent and, in the case of the German law governed pledges, some Senior Creditors. In general, the security package includes, *inter alia*, pledges over the shares in the Collateral Agent, Hive Down Co and certain other companies, an assignment of the LSF5 Note Issuer's rights under, *inter alia*, the Hedging Agreements, a pledge by the LSF5 Note Issuer of its rights under, *inter alia*, the Prime Servicing Agreement and the Collateral Agency Agreement and account pledges over the bank accounts of the LSF5 Note Issuer, the Collateral Agent and Hive Down Co. Following the occurrence of an LSF5 Event of Default, the LSF5 Senior Notes could be accelerated, and the abovementioned security may be enforced, on the instructions of the Issuer.

In addition to the above, the Transaction Security also includes security from each REO HoldCo, including the benefit that each REO HoldCo is entitled to in the security granted by the REO OwnCos. See "Servicing of the Portfolio — REO Transactions" and "Description of The Transaction Security".

Security for the obligations of the Issuer

The obligations of the Issuer under the Issuer Notes and certain of the Issuer Transaction Documents will be secured in favour of the Trustee under (i) an English law deed of charge (the "English Law Security Deed") by the Issuer granting first fixed and floating security over substantially all of its property, undertakings and assets, including its bank accounts and (ii) a German law security agreement (the "German Law Security Agreement" and, together with the English Law Security Deed, the "Issuer Security Documents") by the Issuer granting pledges over certain rights, including rights arising from or in connection with the LSF5 Senior Notes Onsale Agreement, the LSF5 Senior Notes and its interest in any German law security (see the section entitled "Description of the Issuer Transaction Documents — Issuer Security Documents" below for a detailed description of the security granted by the Issuer).

Kredit und Verbraucherschutz
Aufruf zu einer gesetzlichen Neuregelung
„Verbraucher-Darlehen und Grundschuld-Besicherung“

Die aktuelle Bankenpraxis der Besicherung von Darlehen mit Grundschulden

- Stellt einen ein Anachronismus im 21. Jahrhundert dar
- hat seine Wurzeln im Jahre 1877
- führt zur faktischen Verschuldung von Millionen Immobilien-Eigentümern
- macht jeden Grundschuld – Besteller nahezu rechtlos und erpressbar
- lässt die Bürger und Verbraucher in völliger Unkenntnis über die eingegangenen, häufig finanziell ruinösen Verpflichtungen
- stellt durch die Verwendung vereinheitlichter Formulare für die „Grundschuldbestellung“ und „Zweckerklärung“ durch alle Bankenverbände eine faktische Monopol-Ausnutzung dar

Warum ?

Vorbemerkung

1. Historischer Anachronismus.

- Einzigartig ist im deutschen Zivilrecht die Trennung des sog. **Schuldrechts** – also die Kredit- und Darlehensverträge vom sog. **Sachenrecht** – der Regelung vom Eigentum und Eigentumsbelastungen wie Hypotheken und Grundschulden
das bedeutet für den Verbraucher :

Die Darlehensschuld hat nichts mit der dinglichen Schuld aus der Grundschuldbestellung zu tun

Erläuterung : Das ursprüngliche Darlehen von T€ 150 ist endlich zu 50% getilgt ..
und Sie glauben, nur noch mit T€ 75 verpflichtet zu sein ... **weit gefehlt**
sie sind der Bank aus der Grundschuld noch in Höhe von ca. **T€ 300** (kein Schreibfehler !!!) verpflichtet

2. Warum T€ 300 ?? Und warum Zinsen gar keine Zinsen sind !

Sie haben ein Grundschuld über T€ 150 mit 18 % Zinsen und vielleicht noch 10 % Kosten eingetragen. Die Grundschuld-Zinsen haben überhaupt nichts mit ihren Darlehenszinsen zu tun. Es sind rein fiktive Zinsen und nicht einmal das! Auch wenn Sie immer brav ihre Zinsen gezahlt haben, rechnet die Bank die Grundschuldzinsen zum Hauptsachebetrag in voller Höhe dazu .
Erst *nach über 40 Jahren* fand sich endlich der BGH bereit, diese fiktiven Zinsen nicht mehr der 30 jährigen Regelverjährung zu unterstellen (bis dahin hatten sich die Grundschuldverpflichtung etwa *verachtfacht* !!), sondern der kürzeren schuldrechtlichen 4-jährigen (Rechtsstand vor 1.1.2002) Zinsverjährung zu unterwerfen
So **verdoppelt sich lediglich** die dingliche Verpflichtung ...und das alles natürlich unter starkem Protest der Bankenlobby

Die einzelnen Punkte

1. Die ewige Verpflichtung

Bei der Bank haben Sie noch ein anderes Formular unterschrieben – eine sog. **Zweckerklärung**, ein rechtlich hochkomplizierter Vertrag, den *kein* Laie und auch nur *wenige* Juristen in ihrer Tragweite begreifen. Natürlich hat die Bank Ihnen hierzu keine Erläuterungen zum Inhalt und Risiken gegeben ... *muss sie auch nicht*, sagt der BGH.

Was haben Sie da eigentlich vertraglich vereinbart?

Zunächst haben Sie eine sog. „**weite Sicherungsklausel**“ unterzeichnet, d.h. die Grundschild haftet nicht nur für das soeben aufgenommene Darlehen, sondern auch für **alle gegenwärtigen, zukünftigen, bedingten Forderungen und Risiken der Bank** aus der Geschäftsbeziehung.

Weiterhin haben Sie die vorrangigen und gleichrangigen im Grundbuch eingetragenen Grundpfandrechte – den sog. **Rückübertragungsanspruch** abgetreten. Endlich hatten Sie die erstrangige Hypothek vollständig getilgt. Beim eigenständigen Rückübertragungsanspruch kann die Bank mit der Grundschild an der nachfolgenden Rangstelle *nicht nur die Löschung*, sondern die *vollständige Übertragung* der eines vorrangigen Grundpfandrechts auf sich verlangen.

2. Abstraktes Schuldanerkenntnis

Haben Sie ihre **Grundschild-Bestellungs-Urkunde** überhaupt genau durchgelesen. Dort steht nach der Erklärung zur Grundschildbestellung und ihrer persönlichen Haftung noch eine gesonderte Erklärung – nämlich ein **abstraktes Schuldanerkenntnis**. Darin erklären sie, der Bank einen Geldbetrag zuzüglich Zinsen in Höhe des Grundschildbetrages zu schulden – *völlig unabhängig von der Eintragung der Grundschild*. Der Inhalt:

„**Ich erkenne an, der X-Bank T€ 150 zzgl. 18% Zinsen zu schulden, ohne das diese irgendeine Forderung nach Grund und Höhe nachweisen noch eine Grundschild eingetragen sein muss**“

Gegen den Widerstand der Banken-Verbände hat sich dann der BGH schliesslich zu der Feststellung durchgerungen, dass **mit Erfüllung aller** durch die Grundschild gesicherten Forderungen die **eigenständige Haftung** aus diesem Schuldanerkenntnis nicht noch zusätzlich geltend gemacht werden kann: ein Glanzlicht der Rechtsprechung zum Verbraucherschutz !!!

Aus diesem **Schuldanerkenntnis** kann die Bank jederzeit munter vollstrecken – ihr **Gehalt pfänden, Konten sperren, den Gerichtsvollzieher ins Haus schicken**. Ein Irrglaube, dass die Bank zunächst eine Zwangsverwertung der Immobilie durchführen müsste.

3. Kein Angehörigenschutz

In der Familie ist es – sei es als Ehefrau oder Kind – unmöglich, sich dem Wunsch zu entziehen, eine auf dem Formular der Bank verlangte Unterschrift zu verweigern – schliesslich ist dort eine Spalte „**Unterschrift der Ehefrau**“ extra eingedruckt. Das hat fatale Folgen, auch wenn der Angehörige mit der Bankfinanzierung nichts zu tun hat. Der BGH fand hier auch zunächst *nichts Anstössiges* (juristisch: Sittenwidriges), wenn die junge vermögenslose Ehefrau oder der gerade 18 jährige Sohn Bürgschaften in Millionenhöhe mitunterzeichnen musste.

Dieser Denkungsweise schob dann das Bundesverfassungsgericht einen Riegel vor. Der BGH war nunmehr gezwungen, ihre Rechtsprechung unter dem Gesichtspunkt der Sittenwidrigkeit bei der Haftung naher Angehöriger zu ändern. Dieser Angehörigenschutz wird jedoch *bei Grundschild-Bestellungen* vom BGH **verweigert** mit dem Argument: *im Gegensatz zur Bürgschaft ist bei der Grundschild der Sicherungszweck frei vereinbar*. Diesen Satz müssen sie nicht verstehen – ihn versteht keiner!

Bei Grundschild-Bestellungen ist für den Bankkunden nichts, aber auch **überhaupt nichts verhandelbar**. Die „Grundschild-Bestellung“ und „Zweckerklärung“ erfolgen auf Formularen, die von den Banken-Dachverbänden ausgearbeitet und durch jahrzehnte juristisch - bis zur absoluten Unverständlichkeit für einen Verbraucher - *verfeinert* wurden.

Unterwerfung unter die sofortige Zwangsvollstreckung

Jetzt sind wir im Jahr 1877 und bei § 800 der Zivilprozessordnung. Diese Vorschrift ermöglicht es, dass sich der Grundstückseigentümer aus der Grundschild-Bestellungsurkunde *der sofortigen Zwangsvollstreckung unterwirft*. Und dies wird **ausnahmslos** von Ihnen verlangt nach der gängigen Formulierung
...*unterwirft sich der Zwangsvollstreckung aus dieser Urkunde in sein gesamtes Vermögen*.

Was bedeutet dies?

Jeder Gläubiger, der irgendeinen Anspruch gegen den Schuldner durchsetzen will, muss zu Gericht gehen und *beweisen*, dass ihm dieser *Anspruch nach Grund und Höhe zusteht*. Dieser mühselige Weg wird den Banken erspart.

Die Banken wenden sich mit Hilfe der Grundschuldbestellung- Urkunde *direkt an das Vollstreckungsgericht* und beantragen die Versteigerung der Immobilie, eine Kontenpfändung o.ä. oder gehen auch direkt zum Gerichtsvollzieher, um ihren Hausrat zu pfänden. *Niemand prüft* – oder fragt überhaupt, ob die Bank *überhaupt fällige Forderungen* besitzt. Häufig sind sie nur sog. *Drittsicherungsgeber* und hatten mit dieser Bank noch nie etwas zu tun.

5. Kein effektiver Rechtsschutz

Unsere Urgrossväter seit 1877 hatten natürlich an eine derartige massenhafte exzessive Verwendung der Grundschuld (für Immobilienfinanzierungen war die Hypothek vorgesehen) nie gedacht und in der Zivilprozessordnung überhaupt keine Klageart gegen die missbräuliche Verwendung dieser Urkunden vorgesehen. So musste dann der BGH ca. 100 Jahre später eine *Vollstreckungsgegenklage eigener Art* entwickeln, die überhaupt die Überprüfung der Rechtmässigkeit der von der Bank eingeleiteten Grundstücksversteigerung ermöglichte.

Derartige „Vollstreckungsgegenklagen“ sind derzeit zu tausenden vor deutschen Gerichten anhängig, da es rechtlich die einzige Möglichkeit ist, sich gegen willkürliche oder unberechtigte Immobilienversteigerungen durch Banken zu wehren.

Ein steiniger risikoreicher Weg

- die Rollen sind vertauscht : nicht der Gläubiger muss beweisen, das er eine fällige Forderung besitzt und diese nicht erfüllt wurde, sondern der Schuldner , dass er nichts schuldet... häufig sehr schwierig, wenn es um die Berechtigung der Forderung Streit gibt wie z.B. überhöhte Zinsen, falsche Verrechnungen, Vorfalligkeitsentschädigung, Unwirksamkeit der Forderung...
- die Verfahren bringen eine erhebliche finanzielle Belastung mit sich, da als Gegenstandswert für Gericht- und Anwaltskosten der nominale Grundschuldbetrag zugrunde gelegt wird und die Banken auch im Falle des Unterliegens idR.- auch bei geringen Erfolgchancen - in die Berufung gehen
- die Zwangsversteigerungsverfahren weiter laufen und der Verlust der Immobilie trotz laufenden Prozess droht, da
- Vorläufiger Rechtsschutz – also die vorläufige Einstellung des Zwangsversteigerungsverfahrens - häufig nicht durchsetzbar ist, weil (in eindeutiger Verkennung der Rechtslage) die Gerichte häufig Sicherheitsleistungen anordnen, die von der Betroffenen nicht zu erbringen sind.

Eine mögliche Lösung:

In das BGB sollte ein neuer § 491 a eingefügt werden, der etwa wie folgt lauten könnte:

§ 491 a Sicherheiten

- (1) Ist für ein Verbraucherdarlehen eine Grundschuld gem. § 1191 bestellt und sind hierfür regelmässige Tilgungsleistungen vereinbart, so sind die Tilgungsleistung sowohl auf die Darlehensschuld als auch die Grundschuld zu verrechnen.
- (2) Vereinbarte Grundschuldzinsen haften nur für Zinsforderungen aus dem Darlehensvertrag
- (3) Die Erstreckung der Haftung einer Grundschuld über den Anlass der Darlehensgewährung hinaus ist nur aufgrund Einzelvereinbarung zulässig. Der erweiterte Haftungsumfang ist genau zu bestimmen.
- (4) Die Vereinbarung einer Vollstreckungsunterwerfung gem. § 800 ZPO ist nichtig.
- (5) Die Abtretung von Rückgewähransprüchen berechtigt den Darlehensgeber nur, die Löschung des Grundpfandrechts zu verlangen.

Verantwortlich für den Inhalt:
Dr. Ingo Schulz-Hennig
Dr. Schulz-Hennig, Vogl & Partner GbR
Rückertstr. 1, 80338 München
Tel. 089-544226-0 Fax -20
Mail: office@svz-law.de